



## Pressemitteilung

### **Koalitionsverhandlungen zu Wirtschaft, Energie, Arbeit, Integration, Gesundheit und Soziales: Die Weichen für ein zukunftsfähiges Brandenburg liegen in nachhaltiger Industrie, erneuerbaren Energien und Mobilitätsgarantie**

**Potsdam, 13.11.2024** Robert Crumbach und Daniel Keller haben die Verantwortung für die Zukunft Brandenburgs! Auf der Agenda der vom Landesparteivorsitz des BSW und vom Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion geleiteten Arbeitsgruppe stehen einige Themen: Wirtschaft, Energie, Arbeit, Integration, Gesundheit und Soziales. Die besondere Verantwortung für die Verhandlungen innerhalb dieser Gruppe ergibt sich insbesondere durch die Bereiche Wirtschaft und Energie, in denen die Chancen in den nächsten Jahren genutzt werden müssen, um Brandenburg stark, zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. Das Klimabündnis Brandenburg mahnt, dass eine starke Wirtschaft und sichere, unabhängige Energieversorgung nur unter Berücksichtigung des Klimaschutzes gelinge.

### **Wirtschaftliche Stabilität und Zukunftsfähigkeit nur mit Nachhaltigkeitskriterien**

Mit dem Strukturwandel in der Lausitz und Schwedt sowie Neuansiedlungen von Unternehmen bieten sich Brandenburg große wirtschaftliche Chancen. „Brandenburg hat jetzt die Chance, sich wirtschaftlich unabhängig und zukunftsfähig aufzustellen. In Zeiten des beschleunigten Klimawandels und globaler Abhängigkeiten müssen Unternehmen, die sich hier ansiedeln, Nachhaltigkeitskriterien erfüllen, um für eine stabile, zukunftsweisende und gerechte Entwicklung zu sorgen“, sagt Magdalena Eder, Sprecherin des Bündnis. Das Klimabündnis fordert daher klare Vorgaben und einen Stopp der Erschließung unversiegelter Flächen für neue Gewerbegebiete. Zukunftsorientierte Unternehmen müssen verantwortlich mit Ressourcen umgehen. In Brandenburg betrifft das insbesondere die Wasserknappheit, die nicht zur Belastung für die Bevölkerung werden darf. Verantwortliche Unternehmen tragen zudem zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und Perspektiven, gerade auch in ländlichen und vom Strukturwandel betroffenen Gebieten, bei.

„Unternehmen sollen nur dann unterstützt werden, wenn sie nachweisen können, dass sie ihren Energiebedarf vollständig durch lokal erzeugte erneuerbare Energien decken, über einen Anschluss an das Güterverkehrsnetz verfügen und ausreichende Wasserressourcen nutzen, ohne die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden“, heißt es in den Forderungen des Klimabündnis. Darüber hinaus sollen eine Verarbeitung im Sinne der Kreislaufwirtschaft und nachweislich nachhaltige Wertschöpfungsketten vorgewiesen werden. Zudem müsse mithilfe eines Wasserchecks vor jeder Neuansiedlung geprüft werden, ob die Wasserdargebote überhaupt ausreichen, um den gesteigerten Bedarf zu decken.

Der Strukturwandel in der Lausitz bietet die Chance, die Region als Vorreiter für nachhaltige Industrie und ressourcenschonende Bewirtschaftung zu etablieren. Dafür sei jedoch eine ehrliche Bewertung des Kohleabbaus nötig – orientiert an wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien statt an politischen Interessen. **„Der Kohleausstieg wird kommen. Eine künstliche Verlängerung durch Subventionen geht auf Kosten der Steuerzahlenden.** Sicherheit und tragfähige Perspektiven werden mit zukunftsfähigen Industrien und Beschäftigungsfeldern geschaffen, die langfristig stabile Arbeitsplätze und einen sozial gerechten Wandel für die Menschen vor Ort ermöglichen“, so Magdalena Eder.

### **Erneuerbare Energien sind das herausstellende Merkmal von Brandenburg**

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien liegt Brandenburg bereits im Ländervergleich vorne. Das Bündnis sieht in den Erneuerbaren Energien eine besondere Chance für ehemalige Braunkohlegebiete und die Stärkung der vom Strukturwandel betroffenen Region. Das Land solle sich zum Ziel setzen, sich bis 2035 vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen. **Das leiste nicht nur einen Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch zur Unabhängigkeit von Öl und Gas aus dem Ausland, der finanziellen Teilhabe der Bürger:innen direkt in der Region und der Schaffung von Arbeitsplätzen.**

Für den beschleunigten Ausbau setzt das Klimabündnis Brandenburg auf Repowering, also die Erneuerung älterer Windenergieanlagen, und die Förderung von Agri- und Moor-Photovoltaikanlagen. Mit einem Landessolarenergiegesetz können **verbindliche Vorgaben zur Nutzung von Photovoltaik auf Gebäuden und bereits versiegelten Flächen** eingeführt werden. Mit Verweis auf die Regionalpläne für Windenergie, sollen dergleichen auch für den Ausbau von Freiflächensolaranlagen erstellt werden, die Ausbauziele festlegen und Vorrangflächen ausweisen.

**Wichtig sei aber auch, die Kommunen bei der Erstellung von Regionalplänen und den Gewinnen aus den erneuerbaren Energien zu beteiligen. Der dieses Jahr durch die letzte Regierung eingeführte Solar- und Windeuro ist in der Hinsicht ein wichtiger Schritt.**

Allerdings sieht das Bündnis hier auch Nachbesserungsbedarf in der Umsetzung. Um Kommunen, die in Schutzgebieten liegen, finanziell nicht zu benachteiligen, solle ein landesweiter Fonds eingeführt werden, anstatt eine Direktzahlung an die Gemeinden zu tätigen wie bisher. Aus diesem sollten vorrangig Natur- und Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden können. Außerdem setzt sich das Klimabündnis für mehr Unterstützung für die Kommunen ein: „In der Praxis wird der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen derzeit meist über Investor\*innen initiiert und finanziert. Stattdessen sollten die Kommunen in die Lage versetzt werden, selbst Angebotsbebauungspläne aufzustellen, die potenzielle Investoren nutzen können“, heißt es in den Forderungen. Damit werde sichergestellt, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien tatsächlich im Sinne der Gemeinde erfolgt.

### **Verkehrswende als Chance für soziale Gerechtigkeit**

Mit SPD und BSW verhandeln derzeit zwei Parteien, dessen Steckenpferd soziale Gerechtigkeit ist. So umstritten das Thema in der Bevölkerung und auf Bundesebene ist: **Parteien, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, müssen einsehen, dass die Verkehrswende ein grundlegender Hebel für mehr soziale Gerechtigkeit ist.** „Ein leistungsfähiger, bezahlbarer und ökologisch nachhaltiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist die Grundlage für soziale Teilhabe und Klimaschutz.“, so das Klimabündnis. Insbesondere für einkommensschwache Gruppen, aber auch für Menschen, die aus verschiedenen Gründen kein Auto fahren können oder wollen, bieten Bus und Bahn oder das Fahrrad eine günstige Alternative oder ergänzen den Mobilitätsmix für maximale Freiheit.

Damit der öffentliche Verkehr und der Radverkehr als attraktive Alternative zum Auto etabliert wird, fordert das Bündnis eine Anpassung der Sozialtickets an die Regelsätze für Mobilität und eine Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum. Das Bündnis verweist zudem auf die zahlreichen ungenutzten Bahnstrecken in Berlin und Brandenburg, die reaktiviert und elektrifiziert werden müssen, sowie den Ausbaubedarf des PlusBus-Netzes, um die Erreichbarkeit und Vernetzung von ländlichen Gebieten zu verbessern. Dafür sei eine deutliche Erhöhung der ÖPNV-Finanzierung notwendig. Mit zusätzlich mindestens 32€ pro Einwohner:in und Jahr könnten notwendige Investitionen in das Radwegenetz umgesetzt werden.

### **Bauen mit Verantwortung: Sozial gerechte Lösungen für Klimaschutz, Siedlungsentwicklung und Wohnraum**

Ein weiterer Hebel für soziale Gerechtigkeit findet sich im Bereich Bauen. "Klimafreundliches und bezahlbares Wohnen muss für alle möglich sein und für Eigentümer:innen auch finanziell lukrativer als neu zu bauen.", so Magdalena Eder. Bisher setzt das Land bei Klimaschutzmaßnahmen in diesem Bereich auf klimaneutrales Bauen. Das Bündnis fordert dagegen eine Priorisierung der Sanierung und Nutzung von Bestandsbauten sowie gezielte Förderprogrammen, um hohe Heizkosten zu vermeiden, ohne dass Sanierungskosten auf die Mietenden umgelegt werden.

Das Klimabündnis wird die Verhandlungen in dieser Arbeitsgruppe mit besonderer Aufmerksamkeit begleiten. Die Mitglieder appellieren an die Verhandlerinnen und Verhandler, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und eine sozial-, klima- und zukunftsgerichtete Perspektive für Brandenburg zu schaffen. **Das Klimabündnis Brandenburg mahnt: "Klimaanpassung und -schutz dürfen nicht nur mitgedacht werden, sondern müssen konkret in den Koalitionsvereinbarungen benannt und festgehalten werden."**

**Ansprechpartnerin für die Presse:**

Magdalena Eder  
Klimabündnis Brandenburg  
eder@klimabuendnis-brandenburg.de  
Mobil: +49 177 189 881 0

**Hintergrund Klimabündnis:**

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter\*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie der Verkehrsverbände und der Klimaaktivist\*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: die Landesverbände des BUND, NABU, Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie Extinction Rebellion Potsdam und Fridays For Future Brandenburg. Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future, Parents4Future Brandenburg und die Landesverbände der Naturfreunde, BUNDjugend und Naturschutzjugend wie auch sachkundige Privatpersonen.